

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 10

Artikel: Ein historischer Auftrag : zum Entwurf der Kommissionsmehrheit
Autor: Vollmer, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lich, worin die Wende besteht und wohin unsere Politik zielt: auf die *demokratische sozialistische Alternative* zur Schweiz AG; auf eine Gesellschaft der *Selbstbestimmung*, der *Selbstverantwortung*, der *Selbstverwaltung*, entwickelt aus unseren ur-eidgenössischen Traditionen heraus.

Erinnern wir uns: Neben verschiedenen Leitlinien haben wir

im Leitantrag zur Programmarbeit in grosser Einigkeit beschlossen:

«Die Delegierten des Parteitag 1981 in Interlaken erkennen in der Selbstverwaltung — neben den bisherigen Mitteln der parlamentarischen Demokratie — die Hauptstossrichtung der künftigen Politik der SPS.»

Dieser Auftrag, dieser Anspruch verpflichtet.

Peter Vollmer

Ein historischer Auftrag

Zum Entwurf der Kommissionsmehrheit

In seinen Randglossen zur Programmdebatte von 1935 hat Robert Grimm in der Roten Revue (Heft 5, 1934) darauf hingewiesen, dass jedes Programm in der Geschichte der Sozialdemokratie sehr zeitbedingt sei. Damit wollte er auch die Notwendigkeit von neuen Programmgrundsätzen angesichts neuer gesellschaftlicher Bedingungen unterstreichen. Nicht, dass das grosse Ziel der Arbeiterbewegung seit jeher, die Verwirklichung einer Gesellschaft in solidarischer Freiheit und orientiert an der Würde aller Menschen schon erreicht worden wäre. Die Forderung nach einer sozialistischen Schweiz war auch in keiner der vergangenen fünf Programmdebatten unserer bald hundertjährigen Geschichte bestritten.

Als Beispiel sei die einleitende Prinzipienklärung des Parteiprogramms von 1920 zitiert: «Das Endziel der Sozialdemokraten bildet eine Gesellschaftsordnung, die durch die Beseiti-

gung jeder Art von Ausbeutung das Volk von Elend und Sorge befreit, Wohlstand und Unabhängigkeit sichert und damit die Grundlage schafft, auf der die Persönlichkeit sich frei und harmonisch entfalten und das ganze Volk zu höheren Kulturstufen aufsteigen kann.» Zeitbedingt verändert haben sich dagegen immer die Kampffelder, die ökonomischen und sozialen Bedingungen und die Strategien und Arbeitsformen unseres Wirkens.

Rasanter Umbruch seit 1959

Seit dem Winterthurerprogramm von 1959 hat sich nicht nur das ökonomische und soziale Bild der Schweiz verändert, auch die politische Arbeit hat neue Formen hervorgebracht. Im Jahre 1959 stand die SP nicht nur vor ihrem Wiedereintritt in den Bundesrat (Geburt der Zauberformel), ihre wesentliche Konzeption im Aufbau des Sozialstaates Schweiz feierte auch tatsächlich beachtliche Erfolge. Der Aufschwung der sechziger Jahre, die enormen Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes und da-

mit auch der staatlichen Umverteilungsmöglichkeiten haben uns von direkter Armut entlastet und zu unerwarteten Konsummöglichkeiten geführt. Der soziale Aufstieg der schweizerischen Arbeiterschaft wurde nicht zuletzt durch die Unterschichtung mittels Fremdarbeitern in einer ersten Phase beschleunigt. Die friedliche Nutzung der Atomenergie galt noch in den sechziger Jahren als Heilmittel für eine beschleunigte Technisierung und Automatisierung und damit als Beitrag zur damals erwünschten Reduktion von Arbeitsplätzen. Doch das ungezügelte Wachstum zeigte bald auch Schattenseiten. Immer mehr wurden die Zuwachsraten für die notdürftigsten Reparaturen der Sozial- und Umweltschäden aufgefressen. Spätestens die Rezession der siebziger Jahre hat uns zum Bewusstsein gebracht, wie prekär letztlich auch unsere wirtschaftliche Existenz ist. Die kapitalistische Wirtschaftsweise offenbart auch hier ihre fatalen Wirkungen. Angst vor der Zukunft und Entfremdung sind längst nicht überwunden. Sichere Arbeitsplätze sind nicht mehr gewährleistet. In der Welt wird weiterhin gehungert. Die Würde des Menschen bleibt hier und anderswo uneingelöst. Die weltweiten wirtschaftlichen Probleme, die steigende Armut in der Dritten Welt, die Gefährdung der Umwelt und das Wissen, dass Energiequellen und Rohstoffe erschöpfbar sind, haben uns skeptisch werden lassen, gegenüber dem Glauben an technischen Fortschritt und materielles Wachstum. Die zunehmende Finanzknappheit des Staatswesens und die verschärfte Politik des Unternehmertums, haben unsere traditionelle Politik ins Stocken gebracht. Die grossen Erfolge im Ausbau unseres Sozialstaates («Tschudi-Tempo» u.a.) sind gestoppt worden.

Peter Vollmer ist Vizepräsident der SPS und hat die Programmkommission präsidiert.

Die neuen gesellschaftlichen Probleme haben auch unser politisches Bewusstsein verändert. Wir fragen uns, ob wir unseren historischen Auftrag, als politische Kraft die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten noch wirkungsvoll wahrnehmen. Wir sind herausgefordert, Fortschritt und Wohlstand neu zu definieren. Wir sind auch herausgefordert, angesichts der Entpolitisierung und politischen Apathie eines Grossteils der Bevölkerung, unsere Arbeitsformen neu zu bestimmen und vermehrt Brücken zu schlagen zu dem Teil der Bevölkerung, der ausserhalb unserer Bewegung, aber getragen von den gleichen Sorgen, politisch aktiv geworden ist.

Traditionelle Konzeptionen und neue Ideen sind darum in der Vergangenheit nicht zufällig auch innerhalb unserer Bewegung aufeinandergeprallt. Leider waren auch Unverständnis und Unsicherheit, Misstrauen und Feindseligkeiten Ergebnisse dieses Prozesses. Vor diesem Hintergrund wird die Notwendigkeit der Erarbeitung neuer programmatischer Grundlagen für unsere Partei deutlich. Ein neues Programm hat heute nicht nur neue Antworten für die Strategie der Überwindung unseres wirtschaftlichen Systems zu skizzieren. Es muss in seiner Konzeption darauf angelegt sein, die im Kern marxistische Vorstellung einer sozialistischen Utopie bereits heute mit den erkennbaren Grenzen bezüglich der Endlichkeit der Rohstoffe, der Anforderungen der ökologischen Zusammenhänge, aber auch der sozialen und psychischen Auswirkungen hochkonzentrierter und technisierter gesellschaftlicher Organisationen — staatliche Gebilde eingeschlossen — zu verbinden. Die

neu begründete Selbstverwaltungsidee und ihre ganze Konzeption ist ein wesentlicher Ausdruck davon. Darin liegt die entscheidende Wende in der sozialdemokratischen Programmatik der achtziger Jahre. Unserer Bewegung mangelt es nicht an überzeugenden Analysen der Vergangenheit und Gegenwart. Gerade daraus wird deutlich, dass die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Partei sich nicht im Wissen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge und über die daraus ableitbaren Anforderungen an ein Programm der Zukunft erschöpft, sondern als politische Partei wird sie erst dann glaubwürdig, wenn ihr auch überzeugend gelingt, ihre Vorstellungen in die politische Praxis umzusetzen. Eine erfolgreiche politische Praxis, und damit die Glaubwürdigkeit der Partei, setzt darum geradezu voraus, dass ein Programm und die darin vertretene Politik auch von einer breiten Mehrheit der Aktiven mitgetragen wird.

Das muss keineswegs bedeuten, dass ein neues Programm ausschliesslich am Bewusstseins- und Erfahrungsstand einer fiktiven statistischen Parteimehrheit orientiert bleibt. Neu formulierte und klare Standortbestimmungen und ein verdeutlichtes Aufzeigen der Stossrichtungen unserer Politik soll weiterführen und beitragen, damit wir unsere gemeinsame Praxis wieder besser erkennen und somit unsere Identität stärken. Als Sozialdemokraten dürfen wir nie ausser acht lassen, dass das wirtschaftliche und soziale Leben unter dem politischen Diktat des Bürgertums sich ständig verändert und dessen Interessen laufend angepasst wird. Die Wiederfindung unserer politischen Identität, als Voraussetzung einer zielorientierten, diesen Entwicklungen sich entgegensetzenden Politik, ist darum vordringlich.

Der Programmentwurf ist bestimmt, aber trotzdem offen

Der Programmentwurf versucht den skizzierten Problemen und Anforderungen gerecht zu werden, ohne einer dogmatischen Position zu verfallen und zu glauben, wir könnten heute oder wann auch immer, endgültige und abschliessende Wahrheiten präsentieren. So bestimmt und unzweideutig unsere Grundpositionen und Zielsetzungen definiert werden, so offen und wandlungsfähig müssen die Wege unserer Politik bleiben. Diesen Anforderungen versucht der Programmentwurf auch im Aufbau und in der Struktur gerecht zu werden. Der Grundsatzteil mit seinen achtzehn Abschnitten enthält, als unsere Antworten auf die wichtigsten Betroffenheiten unserer Zeit, die Grundwerte und politischen Leitlinien des demokratischen Sozialismus. Dazu gehört — da besteht für uns kein Zweifel — die Überwindung des Kapitalismus, also die Überwindung der Vorherrschaft des Ökonomischen über den Menschen. Dazu gehören aber auch der Schutz und die Erhaltung der Umwelt und der Kampf um den Frieden, wie die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit. Damit will die SPS auch in Zukunft die Interessen der Arbeitnehmer im weitesten Sinn vertreten. Im Programmentwurf wird denn auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeitersport- und Kulturorganisationen ausdrücklich bekräftigt. Sie will aber vermehrt allen Menschen offen sein, die sich hinter unsere Gegensätze und Zielsetzungen stellen. Zur erfolgreichen Durchsetzung politischer Grundsätze gehört aber auch das Vorhandensein überzeugender Vorstellungen über unsere eigenen Arbeitsformen, über unseren Umgang unterein-

ander und mit unseren gewählten Vertretern in Ämtern und Behörden. Auch das ist eine völlig neue Dimension in einem SPS-Programm.

Im zweiten Teil des Programm-entwurfs werden achtzehn Einzelbereiche unserer Politik im Sinne von Wegleitungen und Anregungen für die politische Praxis und unter Berücksichtigung unserer neu formulierten Grundsätze konkretisiert. Dabei wird bewusst die Praxis der verschiedenen Wege postuliert. Die hier und jetzt zu leistende Arbeit für die Überwindung dieses Wirtschaftssystems erfordert in der Strategie gegenüber Grossbanken und Konzernen sicherlich andere Wege als gegenüber kleineren Betrieben in einer Randregion.

Das Suchen nach neuen Lösungen ist nie abgeschlossen

Wir sind uns auch bewusst, dass viele Wege noch offen sind, denn die gesellschaftspolitische Verwirklichung des Programms ist ständig neu zu finden. In diesem Sinne wird die Verabschiedung des vorliegenden Programmentwurfs die notwendigen Arbeiten an Strategien und Konzepten zur Durchsetzung unserer Ziele nie abschliessen. Es könnten auch noch etliche Einzelbereiche der Politik erwähnt werden, mit denen man den Programm-entwurf ergänzen könnte. So wie ich aber davon überzeugt bin, dass Programmfragen nie endgültig und dauernd entschieden werden können, so bin ich der festen Auffassung, unsere Partei benötige, nach etlichen Jahren intensiver und öffentlich geführter Programmdiskussionen, endlich wieder eine breit abgestützte, unseren Standort und unsere Stossrichtungen markierende verbindliche Grundlage. Der Entscheid liegt nun beim Parteitag.

«Weshalb wir diesem Programmentwurf nicht zustimmen können»

Als die Programmkommission sich am 12./13. Juni in Gwatt zur Schlussvereinbarung traf und darüber abstimmte, ob auf den noch unbereinigten Entwurf eingetreten werden sollte oder nicht, stimmte eine Minderheit der Kommission, nämlich 11 Mitglieder, gegen eintreten, 14 Mitglieder sprachen sich dafür aus und zehn glänzten unverzeihlicherweise durch Abwesenheit. Die Sekretäre Ruedi Strahm und Andreas Lutz stimmten nicht mit, da sie auch nicht vom Parteitag gewählt waren. Nach der Abstimmung legte ein Teil der Minderheit das nachstehende Papier vor, indem begründet wird, weshalb man nicht auf das Programm eintreten wollte. Diese Gruppe stellte einen eigenen Programm-entwurf in Aussicht, der allerdings nicht zustande kam.

«1. Wir halten diesen Entwurf nicht für verbesserungsfähig. Deshalb plädieren wir für eine Grundsatz-erklärung mit konkreten Ansätzen zu ihrer Verwirklichung, wie wir an der letzten Sitzung in Bern beschlossen haben.

2. Wir sind der Meinung, dass der vorliegende Entwurf die Aufträge des Parteitages von Interlaken — geschichtliche Wende, Hauptstossrichtung Selbstverwaltung, die andere Strategien nicht ausschliesst — nicht erfüllt.

Deshalb streben wir mit der Grundsatz-erklärung am Parteitag in Lugano eine Etappe auf

dem mindestens noch dreijährigen Weg zum neuen SPS-Programm an.

3. Die Partei braucht Zeit zur ruhigen Grundsatzdiskussion. Nur so ist erstens die unbedingt anzustrebende Integrationskraft des neuen Programms und zweitens sein Mobilisierungseffekt nach innen wie nach aussen sicherzustellen.

4. Unsere Kritik in Stichworten: (Kein Anspruch auf Systematik)

● Es fehlt eine Begründung für die Neuorientierung unserer Ziele, mit anderen Worten: Es fehlt die Entwicklung der schweizerischen Gesellschaft seit dem 1959er Programm, welche uns heute mit grossem Mehr die Notwendigkeit einer historischen Wende beschliessen liess.

● Dem Text fehlt das Zentrum. Entsprechend besteht kein Bezugssystem, kein roter Faden. Es bleibt völlig unklar, wie uns wie sehr die einzelnen Aspekte zusammenhängen. Hier rächt sich die Struktur, welche zu einer Auflistung, Parzellierung führte, die jede Erklärungskapazität verliert.

● Selbstkritik fehlt auch in Ansätzen. Deshalb werden die durchaus zum Ausdruck kommenden Lernprozesse nicht einsichtig, nachvollziehbar und entbehren somit der Glaubwürdigkeit. (Zum Beispiel: Abkehr vom undifferenzierten Wachstumsglauben, vom traditionellen Etatismus unserer Partei).